

Die Gesellschaft der Innovationen

von Fritz Kuhn

1. Einleitung

Es war der skurrile Höhepunkt der deutschen Standortdebatte, als Roland Koch im vergangenen Herbst im Deutschen Bundestag vorschlug, wir müssten in Deutschland endlich mit tschechischen Löhnen konkurrieren. Solche Auffassungen führen in den ökonomischen Wahnsinn. „Made in Germany“ ist zuvorderst eine Frage der Qualität und eine Frage der Fähigkeit, das Neue zu denken.

Arbeitsplätze werden in Deutschland entstehen, wenn wir bei vertretbaren Kosten im Wettlauf um Qualität bestehen. Mit neuen Produkten, Produktionsverfahren und Wegen der Markterschließung, aber auch mit neuen Dienstleistungen gilt es, unseren Wohlstand zu sichern. Es geht um Produkte und Dienstleistungen, die (zunächst) nur wir bereitstellen können, die aber viele brauchen oder wollen. Der eigentliche Schaden des hinter uns liegenden Jahrzehnts der Standortdebatten liegt nach meiner Überzeugung darin, dass dies in erster Linie Kostendebatten waren, die das gesamte Augenmerk der öffentlichen Diskussion von Fragen der Qualität auf Fragen der Kostensenkung gezogen haben. Viele Unternehmen haben im Rausch der Kostensenkungseuphorie die Steigerung ihrer Innovationsfähigkeit vernachlässigt. Und die Banken und Sparkassen haben sich aus der Finanzierung innovativer Investitionen nach dem Platzen der dot.com-Blase fast vollständig zurückgezogen. Natürlich ist es sinnvoll, Kosten zu begrenzen und strukturelle Fehlentwicklungen zu korrigieren, wie etwa die falsche Finanzierung unseres Sozialstaates überwiegend entlang des Lohnes. Doch die Musik spielt in einer entwickelten Wissensgesellschaft nicht darin, das Alte billiger zu machen, sondern ausschließlich im Neuen. Deutschlands und Europas Chance liegt in einer bewusst gewählten und umfassenden Entscheidung für Innovationen. Wir brauchen eine Art Selbstverpflichtung für einen Kurs der Innovationen. Wir, das heißt die Politik, die Wirtschaft, die Gewerkschaften, die Akteure unseres Bildungs- und Wissenschaftssystems, und alle Leute, die damit beschäftigt sind, positive Vorbilder zu setzen. Wir können dies aus Einsicht in die Notwendigkeit tun, oder weil wir Optimisten sind (vgl. Kuhn 2003), die ihre Freiheit, etwas tun zu können, auch in Anspruch nehmen.

2. Innovationen – eine Frage der Technik?

Viele sehen Innovationen als eine Frage der Technik. Ich halte das für falsch und bin überzeugt, dass Innovationspolitik ebenso wie Innovationsbeiräte nur scheitern können, wenn sie das Thema „Innovation“ lediglich auf Technik reduzieren. Selbstverständlich haben Innovationen oftmals etwas mit Technologien oder deren Umsetzung in neue Produkte zu tun. Ob eine Gesellschaft aber innovativ ist und in ausreichender Zahl neue Produkte, Produktionsverfahren und Dienstleistungen hervorbringt, ist in erster Linie eine gesellschaftliche und kulturelle Frage. Der amerikanische Wirtschaftsforscher David Landes hat das in seinem Buch „Wohlstand der Nationen. Warum die einen reich und die anderen arm sind“ präzise anhand einer Vielzahl historischer Beispiele dargestellt. Sein Fazit: „Wenn wir aus der

Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung etwas lernen, dann dies: Kultur macht den Unterschied.“ (Landes 1999: 517)

Es geht darum, wie „heiß“ eine Gesellschaft ist. Es geht um ihre Neugier nach dem Neuen, es geht um ihre Offenheit, sich Fremdem und Unerwartetem auszusetzen. Es geht um ihre Kreativität, Altbekanntes durch neue Fragestellungen zu erledigen. Und es geht schließlich um die Bereitschaft einer Gesellschaft, Mühen auf sich zu nehmen, bereit zu sein, auf kurzlebigen Genuss zu verzichten, in das Neue mit unsicherem Ausgang zu investieren und hart zu arbeiten, damit etwas daraus wird. Eine Gesellschaft, die dazu nicht bereit oder nicht in der Lage ist, wird weder bedeutende Technologien hervorbringen, noch wird sie in der Lage sein, aus wissenschaftlichen Ergebnissen marktfähige Produkte zu gewinnen. Eine solche Gesellschaft wird sich im besten Fall darauf beschränken, das Bestehende zu optimieren.

Wenn wir uns also daran machen, Deutschland auf Innovationskurs zu bringen, dann dürfen wir uns nicht darauf beschränken, die bestmögliche Technikförderung zu entfalten und mehr Geld für die Universitäten auszugeben. Wir müssen uns schon die Mühe machen, nach den gesellschaftlichen Bedingungen für Innovationen und Erneuerung zu fragen.

3. Hindernisse

Wir kommen nicht umhin, uns zu fragen, was Innovationsprozesse blockiert. Joseph Alois Schumpeter hat hierzu die noch immer gültigen Stichworte geliefert (vgl. Schumpeter 1997). Er begreift den Prozess der Innovation als „kreative Zerstörung“. Erneuerung bedeutet für ihn auch immer die Zerstörung des Alten. Die Qualität einer Innovation liegt ja oftmals darin, dass das Alte verschwindet. So müssen und werden die neuen Energietechniken, von der Solarenergie bis zur Brennstoffzelle im virtuellen Kleinkraftwerksverbund, die Atomtechnik und die Verstromung von Kohle und Öl in Großanlagen mit lächerlichen Wirkungsgraden zum Verschwinden bringen.

Marktwirtschaften, so die Theorie Schumpeters, sind in puncto Innovation anderen Wirtschaftssystemen überlegen, weil sie die kreative Zerstörung alter Produkte und Strukturen am schnellsten und effektivsten bewerkstelligen. Allerdings ging Schumpeter stets von funktionierenden Marktwirtschaften und echten Märkten aus. Die Lehre, die wir im Innovationsjahr daraus ziehen können, heißt: Fehlender Wettbewerb ist ebenso schlecht für Innovationsprozesse wie Subventionen, die auf den Erhalt des Status quo gerichtet sind. Der vor kurzem verstorbene Innovationsforscher Erich Staudt hat die Blockade des Neuen durch Subventionen so beschrieben: „Denn wenn der Subventionswettbewerb einfacher ist als der Innovationswettbewerb – und das ist er bei hinreichenden Subventions- und Protektionsangeboten der öffentlichen Hand – wäre es für das Unternehmensestablishment selbst schädlich, anders zu handeln.“ (Staudt 2003: 52)

Es führt also kein Weg daran vorbei, Erhaltungssubventionen auf dem schnellsten Wege zu streichen und Wettbewerbshemmnisse ab- und nicht aufzubauen. Ob Kohle, konventionelle Landwirtschaft, Wohnungsbauförderung oder Zersiedlungspauschale, all das sind staatliche Eingriffe, die sich negativ auf Innovationen auswirken. Und zwar in doppelter Hinsicht: Zum einen führen Subventionen zu Fehlsteuerungen, und zum anderen ist jeder Subventionseuro ein

Euro weniger für Bildung und Forschung. Selbstverständlich kann und muss es Gelder für den Einstieg neuer Techniken geben. Gerade dann, wenn sie die Konkurrenz zu alten Techniken bestehen wollen. Doch jede Einstiegssubvention muss ihr Verfallsdatum klar und deutlich beinhalten.

Das Jahr der Innovationen muss also das Jahr der Subventionskürzungen werden. Das geht nicht ohne einen Angriff auf den organisierten Lobbyismus in Deutschland. Lobbyisten belagern das politische Berlin und tun nichts anderes als das, was es schon gibt, zu verteidigen. Die Handwerksorganisation die alte Handwerksordnung, die Bausparkassen die Wohnungsbauförderung und die Vertreter der großen Energiekonzerne die Kohlesubventionen oder ihre überzogenen Preise für das Einspeisen von Strom in ihre Netze. Wer über Innovationen spricht, muss über die Interessen sprechen, die das Alte verwalten und als unverzichtbar darstellen. Da Lobbyisten immer – ihre Interessen verschleiern – vom Allgemeinwohl reden, ist es unerlässlich, den Lobbyismus unter politisches und publizistisches Feuer zu nehmen. Welche Bankenstruktur wir in Deutschland haben wollen, ist eine politische Entscheidung, die nicht davon bestimmt sein darf, ob die privaten Banken oder die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute die bessere Lobbyarbeit machen.

Wenn die Bundesregierung es mit dem Thema Innovationen ernst meint, dann muss sie Bürokratieabbau zur Chefsache machen. Bürokratie ist prinzipiell nicht in der Lage, dem Neuen den Weg zu bereiten. Sie ist die Fleisch gewordene Versinnbildlichung des Bestehenden. Und sie breitet sich aus, weil sie das Bestehende, unter Legitimationsdruck stehend, verbessern möchte. Aber Bürokratie lähmt und nervt diejenigen, die etwas verändern wollen. Nun hat ja jeder seine Lieblingsbürokratie, die gute Bürokratie sozusagen. Aber so kann das Spiel nicht laufen. Nur mit einer ernsthaften Aufgabenkritik staatlicher Aufgaben kann der Weg frei gemacht werden für eine beweglichere Verwaltung. Insgesamt gilt: Im Jahr der Innovationen wäre es töricht, nicht nach den Innovationen des politischen Systems zu fragen. Ein effektiv arbeitender Staat ist die halbe Miete einer erfolgreichen Innovationsstrategie. Einen solchen Staat zu ermöglichen ist auch eine der Hauptaufgaben der Föderalismuskommission. Die Politik kann nicht von der Bevölkerung und von der Wirtschaft Erneuerung und Risikobereitschaft verlangen, sich selber aber an jeder Verästelung des Hergebrachten festklammern, weil es ja noch schlimmer kommen könnte.

Das gilt auch für das Beamtentum. Ein innovatives Bildungssystem wird es nicht geben, solange wir es durch die Immobilität des deutschen Berufsbeamtentums immer wieder lähmen. Eine innovative Gesellschaft verträgt kein verbeamtetes Bildungssystem. Lehrer und Hochschullehrer dürfen daher keine Beamten mehr sein. Die Gleichung „einmal Lehrer = immer Lehrer“, ganz egal ob man das gut kann oder nicht, ist der Tod einer zur Innovation befähigenden Schule.

Natürlich werden Innovationen blockiert durch mentale Einstellungen, die sich in unserer Gesellschaft breitgemacht haben. Die deutsche Standortdebatte war und ist immer eine Jammerdebatte gewesen. Wir bejammern unser Land, bis auch der letzte Kreative kapiert hat, dass die Luft bei uns nicht brennt. Jammern lähmt, denn Jammern ist eine klägliche Form der Analyse, die ihre Energie im Jammern selbst verbraucht und damit nicht zum Handeln kommt.

Wenn wir für Innovationen kämpfen wollen, dann müssen wir offen über unsere Jammer- und Festhaltekultur sprechen. „Das haben wir immer so gemacht“ ist so ein Satz, den man in Deutschland zu oft hören kann. Ein Satz, der die Kreativen oft schon lähmt, noch ehe sie überhaupt richtig losgelegt haben.

Natürlich gibt es Bewährtes. Und wir wären dumm, wenn wir Bewährtes nicht erhalten wollten. Wertorientiertes Bewahrenwollen kann auch ein Motiv für radikales Verändern sein (vgl. Kuhn 2003: 49-53). Doch in Deutschland herrscht die Haltung vor, wir wollen alles behalten und zusätzlich Innovationen. Sozusagen oben drauf. Daran glaube ich nicht.

Damit bin ich bei einem entscheidenden Punkt: Eine Gesellschaft, die sich einer Innovationsstrategie verschrieben hat, muss in der Lage sein, das Bestehende kritisch und mit Absicht auf Veränderung zu hinterfragen. Sie muss ein Bewusstsein dafür erlangen, wo ihre Stärken, aber auch wo ihre Schwächen liegen. Und sie muss, was noch schwieriger sein dürfte, in der Lage sein zu erkennen, wann und warum ihre Stärken sich in Schwächen von morgen verwandeln könnten. Deswegen bedeutet „Innovationsjahr“ nicht, jetzt sei Schluss mit Kritik. Innovative Gesellschaften sind keine Jasager-Gesellschaften. Sie leisten sich die Freiheit der Kritik und organisieren Kritik als einen konstruktiven Prozess, der zu Veränderungen führt (die Grünen sind in Deutschland nur stark geworden, als sie sich daran gemacht haben, nicht nur zu sagen, was sie nicht wollen, sondern zu sagen, was sie statt dessen wollen).

Wer sich zu lange auf seinen Stärken der Gegenwart ausruht, verschläft den notwendigen Strukturwandel. Ein Beispiel: Deutschland verdankt den entscheidenden Teil seines Wohlstands der Automobilproduktion. Wir sind Exportweltmeister, weil wir hochwertige Fahrzeuge herstellen, die viele Menschen auf der Erde gerne besitzen möchten. Wachstumsraten unseres Bruttosozialprodukts verlangen Wachstum der Automobilproduktion und Wachstum des Exports von Autos. Soweit unsere heutige Stärke. Doch wenn wir glauben, dass wir auch in zwanzig Jahren unseren Wohlstand auf der Basis eines bis dahin weiter optimierten Autos erzeugen können, dann wären wir mehr als naiv. Die Grenzen einer mit der heutigen Fahrzeugtechnik erzeugten Mobilität liegen auf der Hand: Die Fahrzeuge werden – mit immensen volkswirtschaftlichen Folgekosten – zu Stauzeugen. Und die verkehrsbedingten CO₂-Emissionen steigen. Wachstumsgrenzen gibt es auch für den Weltmarkt. Gäbe es in China eine Automobildichte wie in Europa, so müssten wir über die Klimakatastrophe nicht weiter diskutieren. Sie wäre unwiederbringlich eingetreten. Unser Wohlstands- und Arbeitsplatzbringer Nummer eins ist in der Weise, wie wir ihn heute bei uns einsetzen, nicht verallgemeinerungsfähig. Wenn wir das nicht kapieren, dann kann unsere heutige wirtschaftliche Stärke zur zentralen Schwäche von morgen und übermorgen werden. Wenn wir uns also auf den Weg machen wollen, das „Made in Germany '21“ zu einem echten Innovationsprädiat werden zu lassen, dann müssen wir die Offenheit und Kritikfähigkeit haben, uns nach neuen Systemen innovativer Mobilitätsdienstleistungen umzusehen. Nicht das „Das haben wir immer so gemacht“ darf der Leitsatz unserer Gesellschaft bleiben, sondern ein: „Lasst es uns in Zukunft anders machen“.

4. Schule, Hochschule und Weiterbildung

Wenn man sich bei innovativen Firmen umhört, so ist relativ klar, welche Schlüsselqualifikationen innovativen Mitarbeitern zugeschrieben werden. Es geht um Leute, die teamfähig und kreativ sind, die in der Lage sind, sich mit neuen Problemen, für die in den Lehrbüchern keine Antworten bereitstehen, auseinander zu setzen und mit Freude und Zähigkeit neue Lösungen zu finden. Im Team arbeitet man nicht mit dem Ellbogen, sondern mit dem sportlichen Fanatismus der ganzen Gruppe. Und man muss gelernt haben, interdisziplinär zu denken und den Fachmann und die Fachfrau der anderen Disziplin zu akzeptieren und zu verstehen. Die Fähigkeit zum wirtschaftlichen Denken gehört ebenso zum Kanon innovativer Schlüsselqualifikationen wie ganzheitliche Sichtweisen komplex vernetzter Strukturen. Das Beherrschen mehrerer Fremdsprachen und das entsprechende interkulturelle Verständnis werden heutzutage stillschweigend vorausgesetzt.

Damit wir es uns im Jahr der Innovationen nicht zu gemütlich machen: Unsere heutigen Schulen sind ebenso wie die Universitäten und die Einrichtungen der Weiterbildung nicht im Ansatz in der Lage, auf solche Schlüsselqualifikationen hin auszubilden. Sie takten die Lehre in ihrer 45-Minuten-Mentalität, sind einzelfach- und nicht projektorientiert. Sie bilden den Ellbogen aus und fördern das lineare Denken und nicht den komplexen Prozess der Kreativität. Und sie haben keine Zeit, das Neue auszuprobieren, weil sie alle Zeit damit verschwenden, die bestehenden Wissensberge durch das Kurzzeitgedächtnis ihrer Schüler zu jagen. Eine innovative Gesellschaft können wir nicht werden, wenn wir unser Bildungssystem nicht vom Kopf auf die Füße stellen. Mit mehr Geld für die Spitzenforschung allein wird uns nicht geholfen sein.

Die PISA-Debatte hat die Richtung der notwendigen Veränderungen unseres Schulsystems aufgezeigt. Ich will hier nur auf einen Punkt näher eingehen: Die Ganztagschule ist Gefäß des innovativen Lernens. Wer sie nur als eine elternfreundliche Verbesserung der Kinderbetreuung sieht, springt zu kurz. Die Schlüsselqualifikationen der innovativen Gesellschaft können nur im zeitlichen Rahmen von Ganztagschulen mit neuen Methoden des alltäglichen Projektlernens vermittelt werden.

Die Hochschulen müssen exzellenter werden, in der Breite (die innovative Gesellschaft braucht mehr Hochschulabgänger, 32 Prozent sind nicht genug, wenn man an den OECD-Durchschnitt von 45 Prozent denkt) und in der Spitze. Sie brauchen mehr Mittel, aber sie brauchen auch mehr Wettbewerb, zum Beispiel um die besten Studentinnen und Studenten. Dabei geht es nicht um die Exzellenz einzelner Fakultäten, sondern es geht um Ruf und Praxis der ganzen Hochschule. Studiengebühren sind ein, aber tatsächlich nur ein Instrument, diesen Reformprozess einzuleiten. Sie müssen so gestaltet sein, dass sie wirklich niemanden von einem Studium abschrecken können. Eine innovative Gesellschaft ist eine Gesellschaft der gerechten Zugänge für alle. Und das Aufkommen müsste tatsächlich dazu beitragen, die Ausstattung der Hochschule zu verbessern. Die Gefahr bestünde ja darin, dass die Länder nach Einführung echter Studiengebühren die Etats für die Hochschulen entsprechend reduzieren würden. Die Debatte um Studiengebühren wäre schädlich, wenn sie bewirkte, dass wir uns nicht einer simplen Wahrheit öffnen: Wenn wir eine innovative Gesellschaft werden wollen, dann müssen wir mehr Mittel für Bildung, Hochschulen und Weiterbildung aufbringen, mit und ohne Studiengebühren.

5. Sanfte Standortfaktoren

Wer mehr innovative Betriebe in Deutschland haben will, der muss die so genannten sanften Standortfaktoren entwickeln. Gerade in Bereichen besonders innovativer Firmen fällt die Standortentscheidung, wo der Betrieb sich gründet oder niederlässt, entlang solcher Fragestellungen: Ist es eine kinderfreundliche Gegend mit guter Kinderbetreuung und guten Schulen? Gibt es genügend Kulturangebote, ist wirklich etwas geboten oder „dümpelt“ alles vor sich hin? Ist die Region für junge Leute attraktiv? Wie ist die Wohn- und Lebensqualität und der Freizeitwert einer Landschaft? Gibt es Hochschulen und Fachhochschulen, die sicherstellen, dass ein guter Techniktransfer stattfindet und man auch gut ausgebildete Leute in genügender Zahl findet? Ist die Region auch von der politischen und der wirtschaftlichen Seite in der Lage, regionale Cluster auszuprägen, die zusätzliche Synergien erzeugen? Weil innovative Firmen oft von jungen Leuten gegründet werden, steht für viele Firmen die Frage der Kinderbetreuung und der Schulbildung im Vordergrund. Sie bestimmt auch, ob die Frauen berufstätig bleiben und selbst Betriebe gründen können. Gute Kinderbetreuung auch schon für das Alter unter drei Jahren entscheidet ja darüber, ob das kreative Potential gut ausgebildeter Spitzenfrauen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht oder eben nicht. Ein Land kann unter den Bedingungen der Globalisierung kein innovatives Industrie- und Dienstleistungsland sein, das bei der Kinderbetreuung mit Strukturen aus den 1950er Jahren auftritt. Wirtschaftlich an der Spitze und familienpolitisch im Schlafwagen – das passt nicht zusammen.

6. Gezielte Einwanderung

Eine innovative Gesellschaft ist eine offene Gesellschaft. Die Wirtschaftsgeschichte zeigt, dass Gesellschaften, die lange abgeschottet waren, in der Regel nicht besonders innovativ sind. Die Auseinandersetzung mit Kulturen ist immer auch ein Anlass, sich zu hinterfragen. Im Zeitalter der Globalisierung ist dies eigentlich eine Binsenweisheit. Umso abstruser ist es, dass die Unionsparteien in Deutschland noch immer ein vernünftiges Einwanderungsgesetz blockieren. Aus wirtschaftlichen und aus demografischen Gründen sind wir auf geregelte Einwanderung auf allen Qualifikationsstufen angewiesen. Eine innovative Gesellschaft kann nicht auf dem ausgrenzenden Sound der deutschen „Leitkultur“ gegründet sein. Und eine innovative Gesellschaft kann keine ausländerfeindliche Gesellschaft sein. Man kann nicht in der Globalisierung mit der ganzen Welt seine Geschäfte machen wollen und andererseits eine Mauer um das eigene Land ziehen. Kein innovativer Software- oder Biotech-Betrieb wird sich in einer Gegend niederlassen können, die zu Recht oder zu Unrecht als ausländerfeindlich gilt, weil der Betrieb ohne Mitarbeiter aus China oder Indien keine Zukunft hat. Hier sind wir an dem Punkt, an dem Menschenrechtsfragen unmittelbare wirtschaftliche Relevanz haben.

7. Innovationspolitik braucht Visionen

Wie wird unsere Gesellschaft als Ganzes innovativ? Im Grunde gibt es dafür zwei Antworten. Die eine sagt, wir fördern mit allem, was wir aufbringen können, die neuen Technologien und setzen darauf, dass dabei genügend herauskommt, was sich erfolgreich in neue Produkte und Märkte umsetzen lässt. Das ist der Ansatz, der ganz auf die Technik und der bei der Frage der Technikbewertung auf Enthaltbarkeit setzt. Anything goes: Am Markt zeigt sich, was erfolgreich ist.

Die zweite Antwort sagt, dass Innovationsprozesse dann am stärksten ablaufen, wenn sie in ihrer Richtung tief in einer Gesellschaft verankert sind. Eine solche Richtung könnte etwa in der Verfolgung des Ziels der Nachhaltigkeit liegen, das wir nur durch eine konsequente Strategie der ökologischen Modernisierung erreichen können. Ich bin fest davon überzeugt, dass eine Gesellschaft, die Visionen und Ziele hat, in der Summe produktiver und innovativer sein kann als eine Gesellschaft, die nur zuschaut, was ihre Techniker und Manager so hervorbringen. Der visionäre Überschuss einer Gesellschaft schafft nicht nur Akzeptanz, sondern liefert auch Motivation und Begeisterung, die eine Gesellschaft braucht, wenn sie Herausragendes leisten will. Eine Gesellschaft, die nicht weiß, wohin die Reise geht und die über keinen Kompass verfügt, geht mal dahin und mal dort hin und beschränkt sich in der Regel auf die Optimierung des Bestehenden. Techniken selbst sind in dieser Hinsicht keine Visionen, aber sie können hervorragende Werkzeuge sein, um Visionen zu verwirklichen. Tatsächlich gibt es zum Beispiel bei den zwölf Leitinnovationen, die jüngst das Fraunhofer Institut vorgestellt hat, eine Vielzahl von spannenden Zukunftstechnologien, die entstanden sind, weil die Forscherinnen und Forscher soziale und ökologische Ziele mit ihren Techniken zu erreichen suchten.

Gerade weil Politik nicht wirklich entscheiden kann, welche Techniken die richtigen sind, muss sie sich über Ziele verständigen, die zur Förderung und Unterstützung führen können. Ziele und Visionen bilden sozusagen den kulturellen Hintergrund, vor dem die Forscher und Techniker erfolgreich arbeiten können. Im Jahr der Innovationen kommen wir also nicht daran vorbei, uns zu fragen, welche Richtung das Innovationsgeschehen eigentlich nehmen soll. Die bloße Addition von Technologiefeldern auf einer Strichliste des Innovationsrates wird dies nicht leisten können. Ein bloßes Revival der Großprojektförderung der 1970er und 1980er Jahre wird uns nicht weiterführen. Henning Klodt vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die auf industrielle Großprojekte setzende Politik der industriellen Forschungsförderung der vergangenen Jahrzehnte durchweg als Misserfolge anzusehen sind (vgl. Klodt 2004).

Aus den Problemen von heute lassen sich die Zielsetzungen in Richtung künftiger Innovationspolitik bestimmen. Wir müssen die ökologischen Probleme des Klimaschutzes, der Wasserverschmutzung, der Flächenversiegelung und der Ressourcenverschwendung lösen, weil wir mit Ineffizienz letztlich auch nicht mehr exportfähig genug sind. Um noch einmal an das vorher schon angesprochene Mobilitätsbeispiel anzuknüpfen: Wenn wir uns heute zum Ziel setzen, an einem völlig neuen System für Mobilitätsdienstleistungen zu arbeiten, das nachhaltig und damit übertragbar wäre, würden wir eine Kaskade von Technologien entwickeln, die Arbeitsplätze in Deutschland sicher stellen. Zum Beispiel ginge es in einer solchen Strategie darum, ein Verkehrssystem für einen der deutschen Ballungsräume zu entwickeln: mit viel Schiene und intelligent – auch in die ländlichen Räume hinein – vertakteten Bussen. Ein Verkehrssystem mit Autos, die anders angetrieben und anders genutzt werden als heute. Ein Verkehrssystem mit intelligenterer Verteilung der Warenströme und neuen Konzepten der Citylogistik. Wer so etwas für einen Ballungsraum zuerst entwickelt und vorführen kann, dürfte sich vor Aufträgen überall in der Welt kaum retten können. Ein System neuer Verkehrsdienstleistungen mit vielen neuen Techniken und einem geschickt optimierten Steuerungsanteil wäre eine höchst motivierende Zukunftsvision für junge Menschen, die an der Zukunft arbeiten wollen. Die Aufgabe der Politik ist es nicht, Techniken vorzuschreiben, sondern sie

muss Ziele vorschreiben und einen Organisations- und Finanzierungsrahmen bereitstellen, innerhalb dessen die Ziele Schritt für Schritt erreicht werden können.

Alle reden von der alternden Gesellschaft. Doch das wirtschaftliche Potenzial der alternden Gesellschaft liegt nicht im Fokus der Innovationsdiskussion. Man betrachtet diesen Bereich ähnlich wie den Gesundheitssektor (vgl. dazu die Beiträge von Dietrich H. W. Grönemeyer und Rolf G. Heinze in diesem Band), in dem ich nach wie vor einen positiven Wachstumsbereich sehe, nur unter Kostengesichtspunkten. Ich bin davon überzeugt, dass die älter werdende Gesellschaft selbst ein Handlungsfeld für Innovationen aller Art sein kann. Innovationen neuer Produkte und auch Innovationen neuer Dienstleistungen. Es kommt darauf an, ob wir unsere Aufmerksamkeit und Neugier den Fragen des Alters zuwenden. Würden wir dies tun, dann würden wir schnell erkennen, dass man durchaus gute Geschäfte in der alternden Gesellschaft machen kann. Ein Beispiel: Meine Mutter ist jetzt 85 Jahre alt. Sie lebt allein und ist nicht mehr wirklich mobil. Für sie wäre das Internet eine hervorragende Technik, zum Beispiel der Versorgung und des Einkaufens. Da sie in ihrem Leben nie Computertechnik genutzt hat, kann sie das Internet, wie es heute ist, nicht anwenden. Die Zugänge und Benutzeroberflächen sind nicht auf alte Leute ausgerichtet. Mit Begeisterung würde sie jedoch in ein virtuelles Kaufhaus einsteigen. Allerdings müsste es sich auf einen Druckknopf hin öffnen lassen. Die virtuelle Einkaufstheke müsste klar verständlich, übersichtlich und auf unkomplizierte Art und Weise interaktiv sein. Schließlich müsste die Auslieferung der bestellten Waren auf die Bedürfnisse meiner Mutter ausgerichtet sein. Sie kann nicht so schnell die Treppe herunter, und ein Benachrichtigungsschein, dass sie ein Paket bei der Post („am nächsten Tag nicht vor 15 Uhr“!) abholen könne, ist für sie eine regelrechte Katastrophe. Das Beispiel zeigt, dass es nicht nur um neue Techniken wie altersgerechte Internetportale geht, sondern um Kombinationen von Technik und neuen Dienstleistungen.

Das Beispiel zeigt auch, dass auch aus sozialen Fragestellungen heraus eine unendliche Vielzahl von Innovationsimpulsen erwachsen kann. Die Verbesserung unserer gesundheitlichen Wohlfahrt sowie eine kinderfreundliche und altengerechte Gesellschaft sind sozial relevante Zielsetzungen, die Teil unserer Innovationsstrategie werden müssen. Die ökologische und sozial gerechte Modernisierung unserer Gesellschaft ist die Richtung einer Innovationsoffensive. Daraufhin sollte der Technologieprozess ausgerichtet werden. Zentrale Voraussetzung für echte Innovationen im Gesundheitsbereich ist allerdings, dass die nächste Reform im Gesundheitswesen beim Thema Wettbewerb der Leistungsanbieter nicht wieder kalte Füße vor den gut organisierten Lobbys bekommt. Ohne Wettbewerb macht auch eine Bürgerversicherung keinen wirklichen Sinn (sie lieferte dem alten Kartell der Verschwender nur mehr Geld), und ohne Wettbewerb wird es auch keine vernünftigen Innovationen auf dem Feld der Präventionen geben.

Natürlich soll dieses Plädoyer für eine ökologische und soziale Richtung des Innovationsprozesses nicht bedeuten, dass man mit Zielvorgaben Techniken ausschließen sollte, die nicht zu diesen Zielen passen. Es geht mir vielmehr um die Frage, was wir tun müssen, um die Gesellschaft optimal für Innovationen begeistern zu können. Die Verständigung über Richtungen des Innovationsprozesses kann jedenfalls nicht von einem Innovationsrat übernommen werden, sondern ist allein die Aufgabe der Politik.

8. Das Jahrzehnt der Innovationen

Eine umfassende Innovationsstrategie verlangt ein Jahrzehnt der Innovationen. Wer jetzt sät, wird erst mittelfristig ernten können. Aber wer jetzt nicht sät, wird in einigen Jahren nicht mehr viel zu ernten haben. Dies zu erkennen, macht die eigentliche Aufgabe von Regierung und Opposition aus.

Damit Deutschland mehr Innovationen hervorbringen kann, muss der Technikblick zumindest ergänzt werden um kulturelle und gesellschaftliche Sichtweisen der Erneuerung. Deutschland hat aufgrund seiner föderalen Struktur eine Vielzahl von Städten und Regionen, die Kompetenzzentren spannender Innovationsprozesse werden könnten. Allerdings nur, wenn wir nicht nach der Logik der Gießkanne, sondern schwerpunktbezogen nach der Idee der Wettbewerbe fördern.

Deutschland braucht als Innovationsland in der Globalisierung auch ein Zentrum, das stärker pulsiert als seine Regionen. Globalisierung ist auch ein Kampf um gesteigerte Aufmerksamkeit, die kulturell vermittelt ist. Unser Land muss sich zu seiner Bundeshauptstadt bekennen und Berlin muss sich, fusioniert mit Brandenburg, auch als solche verstehen. Gerade weil der Innovationsprozess im Kern eine kulturelle Angelegenheit ist, brauchen wir eine Hauptstadt, die kulturell und auch in bezug auf die Wissenschaften herausragt. Es wäre verkehrt, wenn der Bund die strukturellen Defizite des Landes Berlin mit Geld zuschütten wollte. Die notwendigen Reformen müssen schon von Berlin gemacht werden. Aber es wäre richtig, die Förderung von Kunst und Wissenschaft in der Bundeshauptstadt wenigstens in der Spitze stärker zu einer Angelegenheit der ganzen Republik zu machen. Was der Kultur gut tut, wird dem wirtschaftlichen Erfolg nicht schaden.

Literatur:

Kuhn, Fritz 2003: Nachrichten für Optimisten. Ein Buch vom Verändern und Bewahren, München.

Klodt, Henning 2004: Alte Industriepolitik in neuen Schläuchen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.1.2004.

Landes, David S. 1999: Wohlstand und Armut der Nationen. Warum die einen reich und die anderen arm sind, Berlin.

Schumpeter, Joseph A. 1997: Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Berlin.

Staudt, Erich 2002: Innovationspatt. Ein reformfeindliches Establishment verspielt Deutschlands Chancen; in: Bollmann, Stefan: Patient Deutschland. Eine Therapie, München.

aus: "Made in Germany '21. Innovationen für eine gerechte Zukunft." April 2004